



Jugend und Parlament 2008 - Vorlage Weltsicherheitsrat -

Hintergrundinformationen zum Antrag zu einem deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat

Einige bekannte Außenpolitiker der Großen Koalition aus KVP und APD haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag das Interesse Deutschlands an einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erneut bekunden und die Bundesregierung zu entsprechenden Schritten auffordern soll.

Hintergrund des Antrages

Die **Vereinten Nationen** (VN, entsprechend des englischen Namens *United Nations* auch im deutschen Sprachraum oft UN genannt – daneben ist auch UNO für *United Nations Organization* gebräuchlich) sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 192 Staaten. Ihre wichtigsten Aufgaben sind die Sicherung des Weltfriedens und der Einhaltung des Völkerrechts sowie der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Ein zentrales Organ der Vereinten Nationen ist der **Weltsicherheitsrat**. Die Entsandten der dort vertretenen Regierungen können dort bindende und durchsetzbare Beschlüsse fassen. Beschlossen werden können beispielsweise friedenssichernde- und friedenserzwingende Maßnahmen sowie nichtmilitärische Druckmittel wie z. B. Handelsembargos.

Kapitel 5, Artikel 25.1 der Charta der Vereinten Nationen bestimmt:

Um ein schnelles und wirksames Handeln der Vereinten Nationen zu gewährleisten, übertragen ihre Mitglieder dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und erkennen an, dass der Sicherheitsrat bei der Wahrnehmung der sich aus dieser Verantwortung ergebenden Pflichten in ihrem Namen handelt.

Artikel 24.1 bestimmt über dessen Zusammensetzung:

Der Sicherheitsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern der Vereinten Nationen. Die Republik China, Frankreich, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland sowie die Vereinigten Staaten von Amerika sind ständige Mitglieder des Sicherheitsrats. Die Generalversammlung wählt zehn weitere Mitglieder der Vereinten Nationen zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats; hierbei sind folgende Gesichtspunkte besonders zu berücksichtigen: in erster Linie der Beitrag von Mitgliedern der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zur Verwirklichung der sonstigen Ziele der Organisation sowie ferner eine angemessene geographische Verteilung der Sitze.

Der Weltsicherheitsrat hat bis heute 5 ständige Mitglieder (wobei an die Stelle der Republik China, d.h. Taiwan, 1971 die Volksrepublik China getreten ist und Russland 1991 den Sitz der Sowjetunion übernommen hat).

Die Bundesrepublik Deutschland ist (gleichzeitig mit der DDR) den Vereinten Nationen erst 1973 beigetreten, hat allerdings schon seit den 50er Jahren aktiv in Unterorganisationen mitgearbeitet. In den Jahren 1977/78 und 1987/88 war die Bundesrepublik, 1980/81 die DDR als nichtständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat. Das vereinte Deutschland war dort 1995/96 und 2003/04 vertreten.

Seit dem Ende des Kalten Krieges wird über eine Reform der Vereinten Nationen diskutiert. Insbesondere bezogen auf den Weltsicherheitsrat werden allgemein Anpassungen an die aktuelle globale Situation für notwendig gehalten. Einerseits werden Japan und Deutschland aufgrund ihrer politischen Bedeutung aber auch weil sie wichtige Beitragszahler zum Haushalt der Vereinten Nationen sind, häufig als mögliche Mitglieder ins Spiel gebracht. Andererseits wird von vielen bemängelt, dass die gegenwärtige Zusammensetzung des Weltsicherheitsrates ausschließlich die nördliche Halbkugel berücksichtige und eine Dominanz der westlichen Staaten bedeutete.

Nach anfänglichem Eintreten für einen Sitz der EU bemühte sich die Bundesregierung etwa ab dem Jahr 2000 um einen nationalen deutschen Sitz. Innerhalb der „Gruppe der Vier“ (G4: Japan, Brasilien, Indien und Deutschland) wurde vereinbart, gemeinsam für 5 weitere ständige Sitze im Weltsicherheitsrat einzutreten – einer davon sollte einem afrikanischen Land zukommen.

Eine Reihe von Ländern startete diplomatische Bemühungen, um dies zu verhindern. Italien sträubte sich dagegen, im Vergleich zu den anderen großen EU-Staaten deutlich schlechter gestellt zu werden und somit von weltpolitischen Fragen ausgeschlossen zu sein. Afrikanische Staaten fühlen sich generell zurückgesetzt. Korea und China stellten sich insbesondere gegen eine Erweiterung um Japan. Die USA hielten sich bis zum Ende bedeckt. Schließlich fand sich im September 2005 keine trotz intensiver diplomatischer Bemühungen nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit in der VN-Generalversammlung (in der alle 192 Mitgliedsstaaten mit jeweils einer Stimme vertreten sind.)

Nachdem die Bundesregierung seither wiederholt den Anspruch Deutschlands auf einen ständigen Sitz bekräftigt hat, geht es nun darum, ob diesbezüglich ein neuer internationaler diplomatischer Vorstoß unternommen werden soll.

Antrag

von Abgeordneten der Fraktion der KVP und der Fraktion der APD

Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. weiterhin auf eine dringend notwendige Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) hinzuarbeiten und die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands aufrechtzuerhalten,
2. gegenüber den europäischen Partnern klarzustellen, dass hiermit keine Abkehr vom Bestreben der Bundesrepublik Deutschland zum Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union verbunden ist.

Berlin, den 25. Mai 2008

Die Antragsteller

Begründung des Antrags

Der Deutsche Bundestag verabschiedet diesen Antrag:

- auf Basis der Verpflichtung des Grundgesetzes, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“;
- im Wissen, dass die Vereinten Nationen nach wie vor dringend reformbedürftig sind,
- in Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland der drittgrößte Beitragszahler der Vereinten Nationen ist,
- unter Berücksichtigung der maßgeblichen Rolle, die Deutschland heute im Rahmen internationaler Militäreinsätze spielt,
- in Anerkennung der besonderen Bemühungen, die die Bundesregierung aktuell in enger Abstimmung mit dem Hohen Beauftragten der Europäischen Union, mit Frankreich und Großbritannien sowie den übrigen Ständigen Mitgliedern des Weltsicherheitsrates im Zusammenhang mit aktuellen Krisen unternimmt.

Positionen der KVP



Einige außenpolitische Experten ihrer Fraktion waren an der Erstellung des Antrages beteiligt. Ihr Bestreben ist es, beinahe zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges die UN endlich so zu organisieren, dass ihre Institutionen die aktuelle Situation der Welt abbilden.

Erfahrene **Außenpolitiker** der Fraktion, die mit der Bewältigung aktueller weltpolitischer Krisen befasst sind und am Verfassen des Antrages beteiligt waren, betonen, dass jeder Impuls hin zu neuen Reformbemühungen wichtig und notwendig ist.

- Es ist an der Zeit, für Deutschland eine seinem **aktuellen politischen Gewicht entsprechende Rolle** einzufordern. Deutsche Zurückhaltung in dieser Frage dient weder der UN, noch der EU, noch deutschen Interessen.
- Weder Frankreich noch Großbritannien haben je die Bereitschaft zur Aufgabe des eigenen Sitzes signalisiert. Entsprechend darf auch Deutschland **auf eine nationale Vertretung nicht verzichten**.
- Auch nach Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages und der Schaffung einer Rechtspersönlichkeit der EU sowie dem Aufbau eines europäischen diplomatischen Dienstes **wird es dauern, bis die EU auf Augenhöhe mit Staaten verkehren kann**.

Ausgehend von der Parteiführung bestehen innerhalb der Fraktion allerdings erhebliche Zweifel, ob eine solche Initiative nicht der traditionell auf ein Zusammenwachsen Europas gerichteten Politik ihrer Partei entgegenstehen würde.

Hierfür bringen die **Europapolitiker** folgende Argumente:

- Der Versuch Deutschlands, aus nationalem Interesse zu den „Großmächten“ aufzuschließen wird von den mittleren und kleineren Ländern der EU als **Abkehr von den gemeinsamen außenpolitischen Zielen** und als Gefahr eines eigenen relativen Bedeutungsverlusts wahrgenommen werden
- Das Beharren Deutschlands auf einen eigenen nationalen ständigen Sitz ist **kaum geeignet, Großbritannien und Frankreich mittelfristig zu einem Verzicht auf ihre eigenen nationalen ständigen Sitze zu bewegen**,
- Die Forderung nach einem dritten ständigen Sitz für einen EU-Staat macht international die **gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU unglaubwürdig**

In der Fraktion werden folgende Optionen diskutiert:

- **Eine Europäisierung des französischen und/oder britischen Sitzes.** Insbesondere gegenüber dem wichtigsten Partner Frankreich wäre auszuloten, zu welchen Bedingungen Deutschland und auch die übrigen EU-Staaten oder aber gemeinsame europäische Institutionen (wie der Hohe Beauftragte für Außenpolitik) bei der Teilnahme an Sitzungen des Weltsicherheitsrates berücksichtigt werden oder zumindest auf Positionen und Abstimmungsverfahren Einfluss nehmen könnten.
- **Das Eintreten für einen originär „Europäischen ständigen Sitz“,** der durch Vertreter der Europäischen Union (das heißt den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik bzw. im Alltag einen EU-Botschafter bei der UN einzunehmen ist.)
- **Eine Selbstverpflichtung Deutschlands, den Sitz nur treuhänderisch für die EU wahrzunehmen.** Demnach wären bei Abstimmungen insbesondere die kleinen EU-Staaten zu konsultieren und der im Aufbau befindliche europäische diplomatische Dienst einzubeziehen.